



Pressemitteilung der Gewerkschaft der Polizei vom 21.03.2007

Polizeiliche Kriminalstatistik 2006 GdP fordert Konsequenzen

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) sieht sich durch die heute veröffentlichten Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2006 und die bereits vor wenigen Tagen bekannt gegebene massive Steigerung politisch motivierter Straftaten – trotz des festgestellten leichten Rückgangs der Kriminalität - in ihrer Forderung nach mehr Stellen für die Polizei bestätigt.

Wer ‚große Herausforderungen für die Polizei beim Terrorismus und der Internetkriminalität‘ sieht, wer eine Steigerung im Bereich der Wirtschaftskriminalität um mehr als 30 % ausweist, der muss sich schon fragen lassen, mit welchem Personal er diesen Herausforderungen begegnen will? Die Einrichtung von immer mehr Sondereinheiten ist zwar sinnvoll, führt aber bei immer weniger Beamtinnen und Beamten zu einer Einschränkung der operativen Alltagsarbeit der Polizei vor Ort – insbesondere auch in der präventiven Tätigkeit und dort wo nur durch polizeilichen Fahndungsdruck das Dunkelfeld erhellt wird (z.B. Rauschgiftkriminalität)“, erklärte der GdP-Landesvorsitzende Josef Schneider, heute in Stuttgart.

Wie immer bescheinigt sich das Innenministerium, jetzt unter Berufung auf den Bundesinnenminister, in unserem Land die beste Polizei zu haben. Mit den statistischen Zahlen lässt sich dies aber nicht belegen.

Schneider: „Natürlich leisten die Polizeibeamtinnen und –beamten hervorragende Arbeit. Sie sind dabei aber auch immer größeren Belastungen und Gefahren ausgesetzt. Mit großer Sorge betrachten wir die Entwicklung bei den Körperverletzungsdelikten, bei denen immer noch ein Anstieg ausgewiesen wird. Die größte Sorge bereiten uns aber die 2.792 Fälle in denen Polizeibeamte bei der Vornahme von Amtshandlungen gewalttätig angegriffen wurden (nach Angabe des Innenministeriums die höchste Zahl seit 10 Jahren). Wie man dieser Entwicklung mit immer weniger, dafür aber immer älteren Beamtinnen und Beamten Herr werden will, darüber ist in der Pressemeldung des Innenministeriums nichts zu lesen.“

Wer angesichts dieser Fakten bei der Polizei Stellen abbaut und angesichts einer optimalen Bewerberlage bei einem anerkannten Bedarf von 650 bis 750 Ausbildungsplätzen pro Jahr im Herbst 2007 lediglich 72 jungen Menschen im Land im Jahr die Chance auf einen Ausbildungsplatz gibt, der gefährdet nach Ansicht der GdP die Innere Sicherheit und die Zukunft vieler junger Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchen.

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Baden-Württemberg
Maybachstr. 2
71735 Eberdingen-Hochdorf

Rufnummer für Rückfragen:
Josef Schneider, Landesvorsitzender, Tel. 0171/4669911